



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkabr: Dönhoff 3686—3698, Telegramm-Nr. (Ullsteinhaus, Berlin), Postcheck-Konto: Berlin 660, Monatsbeitrag 3,90 M. (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postanstellung ausserdem 72 Pf. Beleggeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsblatt) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preise: nur-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: nur-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Anwärter 18 Pf.] Nr 422

Freitag, 2. September 1932

Abend-Ausgabe

Begnadigung beschlossen

Lebenslängliches Zuchthaus für die Mörder von Potempa statt Todesstrafe

Das Preussische Staatsministerium hat die Todesstrafe gegen die wegen Totschlags an dem kommunizistischen Landarbeiter Pietzsch von dem Weuthener Sondergericht erteilten fünf 20-Jahre in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt. Es sind dies 1. der Elektriker Reinhold Kottlich, 2. der Grubenarbeiter Rufin Wolnig, 3. der Bauer August Gräupner, 4. der Markenkontrollur Helmut Müller, die wegen Totschlags, begangen als Angehöriger aus politischen Beweggründen, und 5. der Gehilft Paul Schumann, der wegen Mithilfe zu diesem Verbrechen zum Tode verurteilt worden waren.

Die Begnadigung erfolgte, wie mitgeteilt wird, weil die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis der Verurteilung des Mordopferpräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August und ihrer Strafandrohung gehabt hatten.

★

Die Vollstreckung der Todesstrafe, die das Weuthener Gericht dem Verurteilten entsprechend verhängen mußte, ist mit Rücksicht auf die deutschen Öffentlichkeit verlagert worden, es wird sich auch kein Widerspruch gegen die Begnadigung regen. In der „Westfälischen Zeitung“ hat sich erst kürzlich ein Mann der radikalen Linken, wie Professor Quide es ist, für eine Begnadigung der Verurteilten mit demselben Argument eingesetzt, das auch für die kommunistische preussische Regierung mit Recht zum Vorschein gekommen ist. Es widerstrebt dem Gerechtigkeitssinn, so drastische Strafen, wie die der Verurteilung vom 9. August verhängte, durchzuführen, wenn die Betroffenen diese Drohung noch nicht in der Bewußtsein aufgenommen hatten. Die Gnade, die den Verurteilten von Weuthen erwiesen worden ist, bleibt jedoch noch immer hart genug: denn die Höchststrafe, die vor Verleih der Verurteilung hätte verhängt werden können, beträgt fünfzehn Jahre Zuchthaus. Die lebenslängliche Freiheitsentziehung bedeutet also noch immer eine weitestgehende Verschärfung des in normalen Zeiten geltenden Rechts. Die Gnadenakt mag auch nicht, wie in weiten Kreisen erwartet wurde, eine Unterscheidung zwischen dem Anführer der Tat und den Ausführern; hier mag die besondere Rolle, mit der ein Erschläger der Tat mithandelte, die Entscheidung des Staatsministeriums beeinflusst haben.

Dieser Akt der Gnade ist durch zweierlei ersichert worden: vor allem durch die heute Begriffe überlebende Majorität, die mit sich die Nationalsozialistische Partei für die Verurteilten eingesetzt hat. Man hat aus Kreisen, die eine besonders heulende und feige Tat vorbestanden, nationale Wähler treuen machen wollen, hat einen Heroenkult mit ihnen getrieben, als hätten sie bei einem heillosen Unternehmen ihr Leben riskiert; während sie in Wirklichkeit zu vieren zwei Schlaflose aus den Betten zerrten. Sodann durch den Widerspruch, der jahrelang mit parteilichem Interesse betriebe worden, so daß die Meinung aufkam, Freiheitsstrafen würden doch nur farsüchtig zu verhängen sein, und die Partei würde bald die Sore der Straflosigkeit öffnen.

Einwand mag das Recht haben, den Begnadigungsbefehl als Schwäche auszugeben. Es ist übrigens nicht zu erörtern, daß sich die Nationalsozialistische Partei durch die Umwandlung des Todesurteils in lebenslängliches Zuchthaus zu feige gestellt erklären wird. Es wird wohl leider die politische Agitation um ein Urteil weitergehen, dessen Spruch für alle die, die sich noch ein Empfinden für Rechtlichkeit bewahrt haben, niemals in die Politik hineingeht hätte. Aber selbst dem Deutschland zahlenmäßig größte Partei ist offen an die Seite von Weuthen stellt, muß der Kampf zwischen dem Mörder des Rechts und denen, die für ihre Leute den Freiheits für jede Gewalttat fordern, bis zum Ende ausgefochten werden.

Mehr Gnadenakte zu erwarten

Die Entscheidung des Preussischen Staatsministeriums entspricht den Wünschen des Preussischen Justizministeriums, das die Umwandlung der Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus nachdrücklich für die bei diesem Verbrechen vor allem auf die Wunden der Weuthener Justizstellen aufweist. Sowohl die Mitglieder des Sondergerichts wie auch die Beamten der Staatsanwaltschaft,

die, der Gnadenbeauftragte Dr. Lehndorff und der Weuthener Rechtsanwalt Galla hatten sich überwiegend für Begnadigung ausgesprochen. In Justizkreisen hatte man nur insofern gezwankt, ob nicht der Anführer dochman strenger als die vier Täter behandelt werden sollte. Schließlich hat aber die Meinung überwogen, daß die Tat aller gleich zu bewerten und deshalb auch eine gleichartige Begnadigung einzutreten habe.

In den Gnadenberichten aus Weuthen war darauf hingewiesen worden, daß die Tat gerade unmittelbar nach Zerschlagung der neuen schweren Strafbestimmungen geschehen sei. Können die Täter nur eine Stunde früher die Tat begangen, so wären als Höchststrafe, da nicht Mord, sondern nur Totschlag festgesetzt wurde, 15 Jahre Zuchthaus in Frage gekommen.

Das Justizministerium hat die Weuthener Staatsanwaltschaft fernmündlich von der Entscheidung des Staatsministeriums benachrichtigt, die Verurteilten haben sofort Kenntnis erlangt. Rumorhe wird ohne Aufsehen die Überführung dieser zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilten in die Strafanstalten stattfinden.

finden. Wahrscheinlich werden sie aus Sicherheitsgründen in verschiedenen Strafanstalten untergebracht.

Bereits in den nächsten Tagen wird sich das Justizministerium mit weiteren Vorschlägen von Personen zu befassen haben, die durch die Sondergerichte verurteilt sind. Es handelt sich dabei um Anträge auf Verabreichung von Zuchthausstrafen. In zahlreichen Fällen hat sich nämlich gezeigt, daß bei aller notwendigen abschreckenden Wirkung doch die Einweisung von sehr hohen Mordverurteilten nicht günstig ist. Für die Richter war es häufig eine sehr schwere Zumutung, auf so hohe Mindeststrafen von einem Jahr oder sogar zwei Jahren Zuchthaus bei verhältnismäßig geringfügigen Delikten erkennen zu müssen, sie waren jedoch an das Strafmaß gebunden.

Wiederaufnahmeverfahren wahrscheinlich

Die Begnadigung hat mit dem Wiederaufnahmeverfahren nichts zu tun, das die Beerdigung der Verurteilten, wie sie erklärt hat, in Obang bringen will. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die kommissarische Regierung, soweit sie überhaupt Einspruch darauf stellt, dem Wiederaufnahmeverfahren widersetzen wird, dessen Einleitung ja durch die Notverordnung sogar außerordentlich erleichtert wird. Das Wiederaufnahmeverfahren würde nur einem ordentlichen Gericht, und zwar vor einem Schwurgericht, stattfinden. Selbstverständlich ist aus dieses Gericht an die Strafandrohungen der Notverordnung gebunden.

Herriot fragt in London nach

Englands Standpunkt zur Rüstungsgleichberechtigung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 2. SEPTEMBER

Die französische Regierung hat unter Herriot getreten vier Stunden lang über die deutsche Zusammenfassung der Rüstungsgruppen beraten, ohne einen praktischen Beschluß gefasst zu haben, wenn nicht die Einigung: den deutschen Vorstoß mit möglicher Ruhe und Rationalität zu behandeln, als solcher gelten soll.

Herriot hofft man, den deutschen Forderungen durch gezielte Verhandlungsakt und Verhandlung über Verschleppungsakt in Welterundverhandlungen ihre Schärfe nehmen zu können. Gleichzeitig hat, laut „Paris Matin“, Herriot geteilt dem englischen Gesandten in Paris den Text der deutschen Schrift übermitteln und ihn gebeten, daß die englische Regierung einen Punkt aufklären zu lassen. In dem Memoire soll nämlich, immer nach Information des Blattes, angedeutet sein, daß die englische

Regierung die deutsche Forderung nach Gleichheit bereits angenommen habe. Das englische Außenministerium soll darauf geantwortet haben, daß für den 25. Juni kein Meinungsaustrausch zwischen London und Berlin hinsichtlich der Forderungen nach Rüstungsgleichheit stattgefunden habe und daß daher von einer bereits erhaltenen Zustimmung Englands nicht gesprochen werden könne.

Die „Antirassant“ meldet, sollen die diplomatischen Vertreter Frankreichs ebenfalls in Washington, Rom, Brüssel, Prag und Athen auf beauftragt worden sein, den Text des deutschen Memoires vorzulegen und um Stellungnahme zu erlangen.

Der Pariser Korrespondent der „Morning Post“ glaubt melden zu können, daß die englischen und französischen Ansichten in der Rüstungsfrage zwar keineswegs gleich seien, daß dennoch beide Regierungen beschäftigt, gemeinlich zu handeln.

Jimmy

New Yorks Oberbürgermeister, Jimmy Walker,

der ewigliche, hat sich nun doch in dem Krieg, den seine Gegner seit Jahren gegen ihn führen, vorläufig als geschlagen bekennt müssen: er hat gestern nachmittag sein Amt niedergelegt. Aber er gibt den Kampf nicht auf, er hat erklärt, daß er, um der Bevölkerung der Stadt, in der er so beliebt war, Gelegenheit zum eigenen Urteil über seine Leistungen und Vorgehen zu geben, sich als Kandidat für seine eigene Nachfolge wieder aufstellen lasse. Die Bürgermeistereiwahl in New York findet bereits im November statt. Bis dahin führt sein Vertreter, Joseph McKee, die Geschäfte.

Mit Jimmy Walker ist ein Bürgermeister-Typ auf die politische Bühne Amerikas getreten, den man vorher nicht kannte. Und den man jetzt, nachdem er nahezu sieben Jahre lang gemiert hat, eigentlich nicht mehr gut aus dem öffentlichen Leben wegdenken kann. New York wäre ohne diesen Typ von Bürgermeister nicht mehr das New York, das allen Einzelheimlichen und den Fremden ohne Vorurteile und Scheuflappen so ans Herz gegangen ist. New York und Walker gehören zusammen, machen zusammen erst den Begriff aus, den wir mit der Metropole am Hudsonrand verbinden.

Als Jimmy Walker 1925 erst in den Vorwahlen seinen demokratischen Parteifolger, den bisherigen Bürgermeister John F. Hylan, und danach seinen republikanischen Gegner, den Füllfederführenden Walter E. Edge, im eigentlichen Ringen um den Bürgermeistertitel leicht und mühelos schläg, war das in mehrfacher Hinsicht eine Revolution gleichzeitigen. John F. Hylan hatte acht Jahre lang die Geschichte New Yorks mit feiner Würde gelenkt. Er war dabei ein Meister der Demagogie, der wusste, wie er die Massen anpacken mußte, damit sie ihm parierten. Waterman brachte wirtshaftliches Ansehen, persönliches Format in den Wahlkampf. Ball Street fand wie ein Mann hinter ihm. Von Walker mußte man in politischem Sinne eigentlich nur, daß er in seiner Jugend ein ausgezeichneter Schlag-Romponist gewesen war, daß er später als Rechtsanwalt sich eine zwar einträgliche, aber keineswegs bedeutende Praxis aufgebaut und daß sein politisches Aufsteigen sich auf die Führung der demokratischen Fraktion im Senat des Staates New York beschränkt hatte. Und daß jetzt er

Giegt, trotzdem jeder in New York sich darüber klar war, daß Walker in Privatleben ein Summelant, Eufhinas und Hochglanzmischer war. Giegt, trotzdem Glandolfigkeiten aus seinem Privatleben in Unmache in New York die Runde machten. Giegt, trotzdem niemand von ihm ernste Arbeit, strenge Geschäftsführung oder etwanstrenen Lebenswandel erwarten konnte.

New York war einseitig in den neuen Bürgermeister-Rand-

„Man muß eben verhandeln“

Wie die Welt sich zum deutschen Wehrstandpunkt stellt

daten verleiht, sein Scham, sein fröhlicher Humor, sein schneller und treffender Witz und vor allem die vollendete Kunst der lebenswichtigen Repräsentation glücken alle fahrlässigen Mängel aus. Dem Vortrager der feuerstürmigen Rede von Spanien, des misepetrisch langweiligen Redens von Österreich, des überflüssigen, es mehrmals wiederholenden, etwas Künftigen aber, Der elegante, schüßliche nie auf den Mund gefasene Walfar, der lebensfrohe Optimist jedoch so genau in den Schnitzstempel in der Rede des New-Yorker, daß er, ohne eine einzige große Redeverlangung, nur mit gelegentlichen Anknüpfungen an Streifendes und auf öffentlichen Plätzen, eine Mehrheit von drei- oder vierhundertstimmigen Stimmen erzielt.

Simms hat den New-Yorker in seinen zwei Amtsperioden gegeben, was sie haben wollten. Zwar kam seine Bürgermeisterei nie so häufig ihr morgens in seine Amtsstube, und sie hielt sich länger als zwei Stunden. Aber nie ist in dem Brief so viel erklärt worden, wie in dem Brief, der ihm hat in dem Vortrager des Schuljahres, aber wie unter Simms. Seine Walfar mochten ohne Arbeit, ohne Brot sein. Aber sie waren immer froh, daß vor der City Hall, dem Arbeitsplatz des Bürgermeisters, pompöse Empfänge stattfanden, denen beiwunderndes Spaß machte. Mal war es ein Ozeanflieger, mal war es die Königin von Rumänien. Dann wieder eine Kanalfluggewinnin, das nächste Mal Professor Einstein oder eine Schönheitskönigin. Dem New York City Hall wurde die Arbeit für alle Beamten der Welt. Dem New Yorks Bürgermeister der Prince of Wales von Amerika, Washington, Chicago, Philadelphia und Los Angeles gepöhlten vor Reid, und alle anderen Vorkämpfer der Staaten verdienstlich, dem von New York geleiteten Standard nachzusehen.

Berechtigt verlangt aber, fehlerhaft, daß Simms Walfar wirklich nicht seine Aufgabe damit erfüllt hat. Die Stadterhaltung ist unter ihm nicht schlechter geworden, als sie unter seinem Vorgänger Nolan ohne ihn war. Simms hat gelernt, eine sieben-Millionenlast zu verwalten und die Funktionen zu erfüllen, die mit seinem Amt verknüpft waren. Allerdings, seine Ehen vor unermüdlicher Einzelarbeit, die ihm Abwechslung und die ihm überlassen können. Wer von ihm etwas wollte, mußte es kurz, klar und, wenn möglich, auch noch interessant vorbringen. Er konnte sicher sein, daß Walfar aus ein paar knappen Bemerkungen alles schlaue Material herausholte, das für eine Entscheidung brauchte. Selbst ein gelinder Rahmen, der häufig in den ersten Abendmahlstunden noch beim Bürgermeister zu spüren war, konnte seine erstaunliche Urteilskraft nicht schwächen.

Ob Simms fortrug war? Seine Feinde haben es vom ersten Tag seiner Administration an behauptet und jahrelang Walfar gegen ihn gemurmelt. Er habe ihnen oft auf Schritt und Tritt verfallen lassen, sie haben in seine intimsten Privatangelegenheiten hineingeleuchtet. Sie haben nichts Politisches gefunden. Die herrliche Million Dollar auf dem Konto, das Walfar gemeinsam mit seinem geflüchteten und unaufrichtbaren Privatsekretär unterhielt, ist schließlich der einzige Anhaltspunkt für den Vorwurf der Verschwendung geblieben. Bemerkungen werden ist dieser Vorwurf damit aber nicht. Wenn Walfar fortrug war, dann war er gleichzeitig auch schlau genug, seine Spuren der Unaufrichtigkeit zu verwischen. Daß man ihn oft als einen, der nicht in die Welt passen, das man von The Honorable Mayor of the City of New York, James J. Walker hat.

Kriegsbevollmächtigter ist aber keine Verwaltung so fortrug gewesen, wie sie es eben war. In dem Amt, das er inne hatte, ist ein Zweifel, daß vom Schutzmann aufwärts über den Straßeneifer bis in die Leitung der einzelnen Vermaltungs-Abteilungen in New York eine Korruption herrscht, die in Deutschland, wie grade die Standardfahnen der letzten Jahre bewiesen haben, glücklicherweise noch unbekannt ist. Aber diese Korruption herrscht nicht nur im demokratisch regierten New York, sie herrscht schimmernd noch im republikanischen Chicago. Sie ist ein Bestandteil des öffentlichen Lebens in allen amerikanischen Großstädten und in vielen amerikanischen Staaten. Sein Walfar sich für sich darüber nur auf, solange der öffentliche Stand nicht vermindert wird. In einem Lande, das den Ausbruch honest graft — ethische Bestechung — geprägt hat, in einem Lande also, wo bestimmte Bestechungsgelder ohne weiteres als Zufluß zu einem reichlichen Wohlstand angesehen werden, kann Korruption in der New-Yorker Stadterhaltung nicht überleben.

Deswegen ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß Walfar, wenn er sich im Herbst zur Wiederwahl für das eine Jahr stellt, das von seiner Amtsperiode noch übriggeblieben ist, ohne Schwierigkeiten wiedergewählt wird. Tomamy Hall, die demokratische Parteivorsitzende, hat schon schlimmere Fälle gesehen, als die, die sich in New York ereignen. Aber, solange er Bürgermeister ist, sie wird Walfar sich nicht überlegen lassen, was es aus tatsächlichen Gründen sein Amt zeitweilig niedersetzen würde.

Wenn tatsächliche Gründe sind es schließlich gewesen, die jetzt zum Rücktritt geführt haben. Hätte Walfar seine Amtsentscheidung durch den Gouverneur des Staates New York, Franklin D. Roosevelt, abgewartet, dann hätte Tomamy Hall dem Gouverneur in seinem Kampf um den Präsidentenposten offene Feinde anhaben müssen. Das hätte Roosevelt bei der Präsidentenwahl wohl wahrheitsgemäß die wichtigen Wahlmänner des ganzen Staates getroffen. Tomamy Hall aber für den Fall, daß Roosevelt trotzdem gegen ihn in dem Kampf um den Präsidentenposten verliert. Hätte Roosevelt aber Walfar nicht seines Amtes enthoben, so wären im Lande die demokratischen Partisanen wohl noch abgefallen und hätten dadurch seine Wahl zum Präsidenten gefährdet. Der Rücktritt Walfars löst all diese Schwierigkeiten. Simms geht auf Ferien, bis er im November wieder in sein Amt zurückkehrt. Das ist der Sinn des plötzlichen Rücktritts. W. Sch.

Die Stimmung der Welt zum deutschen Wehrstandpunkt läßt sich im Augenblick so zusammenfassen: Frankreich bemüht sich nach Ausbrüchen häufiger Erregung um Kaltblütigkeit und hofft auf erfolgreiche Völkerverbandsverhandlungen; Amerika hegt bei aller Anerkennung des deutschen Standpunkts größte Befürchtungen für die Durchführung der Hooverischen Rüstungsbeschränkung nach den Wünscherungen der deutschen Forderungen vor allem in Frankreich; England und die skandinavischen Staaten stellen sich durchaus positiv zur Gleichberechtigung Deutschlands, während Polen in den stärksten Ausbrüchen Befürchtungen und Ablehnung äußert.

Im einzelnen liest man im „Deurer“: „Was kann Frankreich anders tun als verhandeln? Wenn wir als einzige ablehnen würden, was hätten wir gewonnen?“ „Die deutsche Note verlangt keine sofortige Antwort“, stellt „Polen“ fest, „sie muß zuerst genau von allen interessierten Mächten geprüft werden. Man wird auf diplomatischem Wege weiter verhandeln, aber ohne Doll und Litake.“ „Zentralische Götter sind nichts wert“, meint „Der Nouvelle“, „wir wollen eine Politik der Vernunft und nicht eine Politik der Theatralität.“

In Washington erklärte Senator Ewanston nach wichtigen Verhandlungen im Weihen Haus in einer sofort einberufenen Pressekonferenz: man befürchte, daß jede Sanctionen an die deutschen Forderungen Frankreich veranlassen könnte, die Unterzeichnung von Verträgen zu verzögern, deren Annahme Amerika erhofft. (Bemerkung ist der Vorkämpfer Somers auf Verabreichung der Rüstungsangelegenheiten um ein Drittel.) Das State Department könne keine offiziellen Kommentare zu dem deutschen Export geben, da Amerika nicht zu den Unterzeichnern des Versailles Vertrags gehört. Ewanston ließ aber seinen Zweifel, daß die amerikanische Regierung für Ablehnung und nicht für Aufrechterhaltung sei und allen erreichbaren Mitteln eine radikale Verabreichung der Vereinigungsfragen auf der ganzen Welt als Voraussetzung einer wirtschaftlichen Erholung von der Krise beschließen sollte. Nach Senator Borah, besten politische Angriffe auf die Ungerechtigkeit des Versailles Vertrags jedermann erkennt, meine einseitig: „Die Währungsfrage, auf die Deutschland Anspruch hat, soll durch die Ablehnung der anderen Mächte, nicht aber durch deutsche Aufrechterhaltung herbeigeführt werden. Die härtesten Stationen der Erde sprechen von ihren Steuerzahlern noch immer fünf Milliarden Dollar jährlich für Rüstungswesen; eine Gleichheit durch Erhöhung dieser untergebenen Klassen herbeizuführen, ist ein Verbrechen.“ Weiter zeigt er sich deutlich, daß nicht etwa die Pro-

pheten Konsequenzen der deutschen Forderungen in Amerika to alarmierend wirken, als vielmehr die Befürchtung, daß die unvorhergesehene Fortsetzung der Abrüstungskonferenz durch die nun unerschöpflichen Wünsche in Frankreich und England erregt, daß die Abrüstungskonferenz nach 1935 durch den deutschen Verstoß belastet werde, und Amerika so die Früchte seiner bisherigen Abrüstungspolitik, die bereits im Reifen stehen, gebracht werden könnte.

Der englische „News Chronicle“ liest die deutsche Forderung dahin aus, daß Deutschland das Ende einer Situation fordere, die es gegenüber den Großmächten Europas in eine untergeordnete Lage gebracht habe. Diese Forderung könne auf die Dauer nicht überhört werden. Auch die internationalen „Morningpost“ gilt grundsätzlich positiv, wenn sie auch noch immer „großmütige militärische Abmachungen zwischen Deutschland und Ausland“ fürchten zu müssen glaubt. Das offizielle „Daily Mail“ „Politik“ erklärt trotz, Deutschland liege nicht nur politisch, sondern auch rechtlich und moralisch fast da. Ein Restriktions Deutschland aus dem Völkerverband (mit dem übrigens, entgegen französischen Preisforderungen, von deutscher Seite nicht gebrocht worden ist) würde zweifellos für die europäische Politik eine Katastrophe bedeuten. Deutschland stelle heute das notwendige Minimum: unterdem allgemeine Abrüstungspolitik für alle oder freies Völkerverband für Deutschland.

Das polnische Regierungsjournal „Gazeta Porany“ erteilt der französischen Regierung den Rat, Deutschland fort ergebnislos abzuwarten, sonst liege zu befürchten, daß Deutschland mit seinen diplomatischen Methoden diesmal zu demselben Erfolg gelangte wie in der Reparationsfrage. Paris solle „unbedingt festbleiben“. „Ruzer Politik“ droht, wenn die Ausführung erlaßt lie, werde als vierte deutsche Forderung nach der Rheinlandräumung und der Reparationsrettung die Grenzrevision folgen. „Gazeta Warszawa“ verleiht sich zu der Feststellung, man könne Deutschland nur an hemmungsloser Aufstellung hindern, wenn man entschlossen sei, das Rheinland erneut zu besetzen. Habe man dazu nicht den Mut, so liege die ganze Angelegenheit von vornherein zugunsten Deutschlands entschieden.

Die Wiener „Neidspal“ formuliert die Stellungnahme zur deutschen Aktion für Oesterreich, Ungarn und Bulgarien: Aus moralischen und praktischen Erwägungen heraus müssen die drei Länder, deren Wehrverfassung die gleiche internationale Verpflichtung wie Deutschland, zu der gleichen Forderung kommen: Gleichberechtigung aller Nationen in der Währungsfrage auf einem möglichst freien Währungsunion und der Gleichheit durch Ausbaur der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.

Butterfriebe in Sicht

Einigung zwischen Deutschland und Holland steht bevor

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

H A A G, 2. SEPTEMBER

Die dreitägigen Butterverhandlungen zwischen deutschen und holländischen Regierungsvertretern im Haag haben soviel erreicht, daß die holländische Regierung für die deutsche Auffassung der Veränderungen zeigt und daß sie zum Abschluß eines Abkommens mit Deutschland gemäß den deutschen Wünschen geneigt ist, falls Deutschland mit Dänemark und Finnland zu dem entsprechenden Einverständnis kommt.

Eine heute ausgegebene Pressemitteilung der holländischen Regierung stellt ebenfalls fest, daß sich auf Grund der Haager Besprechungen die Möglichkeit einer Lösung ergeben habe. Auf der Basis dieser Besprechungen werde die deutsche Regierung mit Dänemark und Finnland in Verhandlungen eintreten.

★

Die deutschen Unterhändler sind heute aus Holland zurückgekehrt und berichten zur Zeit im Auswärtigen Amt. Einzel-

heiten über das in Aussicht genommene Abkommen sind bisher nicht bekanntgegeben worden, vor allem nicht über die Frage, ob in Zukunft feste Kontingente mit einer Verbrauchsverpflichtung, wie sie von Holland gefordert werden soll, vereinbart werden sollen. Der holländische Widerstand gegen die zur Zeit beherrschende Regelung, die ein festes Kontingent von 500.000 Tonne vorläßt ohne Beschneidung der früheren Anwartschaften auf einzelnen Ländern, richtet sich auch gegen die häufige Forderung, daß bei einer Steuerregelung der Saltausgleich für Importe aus Ländern mit entwerteter Währung fortfallen sollen.

Mit einer Stellungnahme zu dem geplanten Abkommen muß zurückgefallen werden, bis die Einzelheiten vorliegen. Geht zu begrüßen ist jedenfalls die Aussicht, daß der Butterkontingent, der unsere handelspolitischen Beziehungen zu unseren besten Runden Holland und den skandinavischen Ländern ebenfalls beeinträchtigt hat, auf gutlichem Wege aus dem Welt geschafft wird.

Washington besteht auf Zahlung

L O N D O N, 2. SEPTEMBER

Der Korrespondent der Londoner „Times“ in Washington weist über eine Unterredung mit dem stellvertretenden Staatssekretär Cullie zu berichten, daß die amerikanische Regierung auf der Zahlung der am 30. September fälligen Teilschulden bestehen besteht, die sich auf 12½ Millionen Mark für die Besatzungskosten und 20½ Millionen Mark für Ansprüche amerikanischer Staatsangehöriger auf die deutsche Regierung belaufen. Cullie will weiter erklärt haben, daß Deutschland bisher keinerlei Mitteilung über die Zahlung dieser Summen gemacht habe.

★

Diese „Times“-Meldung ist geeignet, dem Einbruch zu erweisen, als ob Amerika noch vor der Gesamtentscheidung in der Kriegsfolgebüchse eine betont scharfe Haltung Deutschland gegenüber einnehmen wolle. Nach dem ganzen Sachverhalt ist nicht anzunehmen, daß Cullie bei seiner Auskunft an den englischen Korrespondenten dieses Ziel im Auge hatte. Durch Abkommen vom 13. März 1930 war Deutschland ermächtigt, mit einer 90tägigen Rüstungsfrist

Zahlungsausschub für diese Summen zu verlangen. Inzwischen ist in Zusammenhang mit dem amerikanischen Beobachter ein neues Abkommen getroffen, nach dem Deutschland auch ohne Rüstungsfrist die Einbeziehungen dieser Zahlungen in das allgemeine Moratorium fordern kann. Voraussichtlich werden im Laufe des Monats die notwendigen Schritte unternommen, um diese Angelegenheit im Sinne der deutschen Regierung zu regeln.

Büro gegen den Krieg

In der Schlußphase des internationalen Kongresses in Amsterdam gegen den imperialistischen Krieg ist ein Büro eingesetzt worden, das sich aus Vertretern von 57 Ländern zusammenschließt und die Aufgabe haben soll, die Arbeit des Kongresses fortzusetzen und organisatorische Maßnahmen gegen den Krieg zu ergreifen. Der Sitz des Büros ist in Paris. Unter den Mitgliedern dieses Büros sollen namhafte Schriftsteller sein wie Romain Rolland, Maxime Gorki, Henri Barbusse und Thomas Mann.

„Untertan der Obrigkeit“

Telegramm den Katholikentag

Reichsanwalt von Bapen hat dem deutschen Katholikentag in Offen die herzlichsten Wünsche und tatkräftigen Ermutigungen. Sein Telegramm klingt in dem Wunsch aus, der deutsche Katholizismus möge „in seinem unerschütterlichen Glauben an die göttliche Ordnung aller Dinge Bine Welt“ vorangehen auf dem Wege zur Sammlung des deutschen Volkes „jenen als Parteiverbindungen unter einer autoritären Führung“.

Die Antwort des Fürsten Schöenfeld dankt dem Kanzler herzlich für die gute Erklärung und begrüßt die Wünsche, die dringlichen Grundwünsche im künftigen Leben zur Geltung zu bringen; von „autoritärer Führung“ freilich wird nach in dem Danks-telegramm des Zentrumspräsidenten nichts finden.

Für die Autorität habe gestern schon der hellwetternde Reichskommissar für Preußen, Dr. Braht, in seiner Eröffnungsrede gesprochen. Sie ging vom Apostelwort aus: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit“, und enthält einen reichhaltigen Beweismittel: „Auch das Schicksal der großen politischen Bewegungen wird schließlich davon abhängen, ob sie in ihren Entscheidungen die Interessen des Staates über ihre eigenen tatsächlichen Interessen zu stellen vermögen.“ Gesprochen auf dem Katholikentag, gerichtet aber auf den anderen Partner der Konstitutionsverhandlungen im Reichstag.

Auch zwischen Preußen und Offen wurde herzliche Telegramme ausgetauscht. Erneuerter Gruß“ und das Ergebnis operativer Mitarbeit zum Wohle des Vaterlandes nahm der Reichspräsident dankbar entgegen.

Der herrliche Bundesanleger Dollfuß hat auf der Reise zum Katholikentag in München Station beim bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld gemacht, der nach Offen fährt. Der Besuch hatte, wie amtlich erklärt wird, rein privaten Charakter.

Württemberg gegen die Vohyrämie

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
STUTTGART, 2. SEPTEMBER

Die württembergische Regierung hat sich bei der Reichsregierung gegen die 400-Mark-Rämie für Reineinstellung von Arbeitern folgenden telegraphischen Protest erhoben:

„Nach Preisbestimmungen plant die Reichsregierung denjenigen Unternehmen, die Arbeiter neu einstellen, eine Prämie von 400 Mark je Mann und Jahr zu gewähren. Die Prämie soll durch die Bildung der Reservefonds liquidiert werden. In solcher Maßnahme würde die Rämie diejenigen Unternehmen schädigen, die in durchaus sozialer Weise den Stand ihrer Arbeiterkraft, insbesondere durch Kurzarbeit zu halten geübt haben; sie würde diejenigen Unternehmer einseitig begünstigen, die sich möglichst rationalisiert und ihre Arbeiterkraft entlassen haben. Bei der Rämie in Württemberg legt langen und in weitestem Maße durchgeführten Kurzarbeit würde die Maßnahme der Reichsregierung in ihrer zunächst geplanten Form gerade für Württemberg, das typische Land der Kurzarbeit, neue große Schädigungen bringen.“

„Das Staatsministerium erklärt daher den Reichsanwalt und Reichsrechtsminister, die Preisbestimmungen für die 400-Mark-Rämie für zu erhalten, doch diese Schädigung und einseitige Begünstigung nicht eintreten könne und dadurch weitere schwere Beeinträchtigungen Württembergs ausgeschlossen sind.“

Reichslandbund unzufrieden

Die agrarische Fronte gegen Bapen wächst. Nach der zehnjährigen Landwirtschaftskammer und der zehnjährigen Bauernvereinsunion, geführt von Freiherrn von Münnch, erlegt jetzt der Reichslandbund in dem „Bapen-Plan“ vorgelegenen Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft gegen Einfuhr als unzulässig. In einem Telegramm an den Reichspräsidenten drückt der Präsident Graf von Redwitz die Befürchtung aus, „daß im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung wirkungsvolle Maßnahmen zur Rettung der Landwirtschaft, insbesondere der Weinbauwirtschaft, durch Einfuhrkontingentierung, sowie durch andere geeignete Maßnahmen zu wirkungsvoller Zins- und Kaffenentlastung“. Graf von Redwitz hat daher „höflichste Sorge um das Wohlbefinden des gesamten Vaterlandes“.

Der Einzelhandel fordert Schutz

Die zahlreichen Terrorakte, die in letzter Zeit gegen Eiben und Geschäfte in politischer Absicht oder unter dem Deckmantel politischer Demonstration verübt wurden, haben zu einer Aktion des deutschen Einzelhandels bei den zuständigen deutschen Reichs- und Staatsbehörden geführt. Die Hauptgemeinsinnigkeit der Organisation läßt folgende Schlußsätze lauten:

„Ausgangsfrage Geschäftestrafen sollen für alle politischen Demonstrationen gesperrt werden. Neben den polizeilichen Schutz soll in besonders gefährdeten Straßen der Verzicht auf den Eiben- und Rasenmähten, einseitig durch in Zusammenhang mit dem Polizeigenossen selbstverständlich. Als wirksame Vorbeugungsmaßnahme wurde empfohlen, bei Festen die Geschäftsbetriebe anzuwenden, oder falls die abstrakte Wirkung ausbleiben sollte, eine vorübergehende besondere Verstärkung der Straßen durch Notverordnung zu erlassen.“

Die zuständigen Stellen sagten eine energische Anwendung der rechtlichen und polizeilichen Mittel zu. Darüber hinaus appelliert der Einzelhandel an die politischen Parteien. Denn diese können am meisten dafür tun, daß politische Kundgebungen nicht durch die Ausdehnung unkontrollierbarer Elemente distilliert werden.

Generalmajor von Borries †

Während seines Sommeraufenthaltes im Erholort ist der Generalmajor a. D. Rudolf von Borries gestorben. Er war Ritter

Die große Verwaltungsreform

Beschlüsse der kommissarischen Preußen-Regierung

Die kommissarische preussische Regierung hat sich heute auch mit dem Entwurf einer Verwaltungsreform befaßt, die in der nächsten Zeit durchgeführt werden soll. Auch hier um frühere Entwürfe angelehnt, die im Innenministerium ausgearbeitet worden sind, die aber nicht verwirklicht werden konnten, weil es schwierig war, ein derart bedeutendes Vorhaben im Landtage gegen eine numerisch so starke Opposition durchzuführen, die sich nicht von sachlichen Gesichtspunkten leiten ließ, sondern von persönlichen Anschlüssen, jedes Reformwerk zu bekämpfen, das von einer republikanischen Regierung ausging. Zwei leitende Gesichtspunkte waren für die ursprünglichen Entwürfe entscheidend: Vereinfachung der Verwaltung und Verbilligung. Deshalb wurde damals erwogen, eine der höheren Verwaltungsinstitutionen wegzulassen, entweder das Oberpräsidium oder das Regierungspräsidium. Die Entscheidung fiel unter Gewehr in dem Sinne, daß die Regierungspräsidien beibehalten, die Oberpräsidien aber beseitigt werden sollten.

Eine Verbilligung des Verwaltungsapparates ist auch in dem neuen Entwurf enthalten. Wie weit eine Vereinfachung erreicht ist, wird sich erst aus der endgültigen und zu veröffentlichten Fassung ergeben. Festzuhalten scheint, daß neben den Regierungspräsidien auch die Oberpräsidien erhalten werden sollen, und

Schraders Rücktritt

Vorstandswechsel bei den Polizeibeamten

Der erste Vorsitzende des Verbandes preussischer Polizeibeamter C. B. Ernst Schradet, der vor einigen Monaten, wie es damals hieß, aus Gesundheitsrücksichten auf Urlaub ging, wird auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren. Ueber die Nachfolge wird sich der Verbandsvorstand erst im nächsten Monat schlüssig machen.

*

Der Verband preussischer Polizeibeamter, hervorgegangen aus dem ehemaligen Kameradschaftsbund der Schutzeile Groß-Berlins, zu dessen Mitgliedern Schradet gehört, ist die eigentliche Bewerkstelliger der Polizeibeamten-Freiwirtschaft. Der Verband hat seinen fast 80.000 Mitgliedern vor allem auf die Persönlichkeit Schradets aufgebaut, der zwar oft eigenwillig, aber unerbittlich sein Ziel verfolgte, die Mitglieder seines Verbandes im Geiste der republikanischen Staatsform zu treuen Stützen des Staates zu erziehen. Schradet selbst gehörte, wie der überwiegende Teil der Mitglieder des Verbandes, der Sozialdemokratischen Partei an.

Zu Beginn dieses Jahres, als der Berliner Polizei ein Offizier und ein Oberwachmeister unter dem Verdacht verhaftet wurden, Pläne von Selbstmordattentaten an die Nationalität zu verüben zu haben, nahm Schradet in einer formellen Form wie dem Inhalt nach überaus energiegelandene Erklärung an die Hugenberg-Presse außerordentlich scharf gegen die damalige Leitung der Berliner Polizei Stellung und wurde somit der Kronzeuge der Reichspresse gegen den damaligen Berliner Polizeipräsidenten. Wenn auch Schradet schon wenige Tage später seine Erklärung soweit einschränkte,

das Pour le mérite und im Weltkrieg Chef einer Arme. Als Mitgliedsrichter ist er sehr bekannt geworden und wurde in dieser Eigenschaft von Hindenburg in die Kaiserliche Kommission für das Potsdamer Reichsarchiv berufen.

Die „Wobachtung“ des Reichsbanners

Die Anwesenheit des Berliner Polizeibeamten Meider an der Bundesratssitzung, Material über die Organisation und Ausbildung des Reichsbanners zu sammeln, wurde amtlich als eine seit Jahren übliche, in keiner Weise außergewöhnliche Maßnahme hingestellt. Jetzt werden nun über die Richtlinien, nach denen die Enquete erfolgen soll, weitere Einzelheiten bekannt, die zu denken geben. So soll ermittelt werden, ob bei der Ausbildung von Reichsbannerleuten preussische Polizeibeamte mitgewirkt haben, wie wann, wo, wie lange, mit welchen Waffen auszubilden wurde, Gültigkeit der Aukers, ja sogar die Qualität der Truppe soll benachrichtigt werden.

Das „Reichsbanner“ macht, wie wir wissen, gar keinen Hehl daraus, daß Polizeibeamte, selbstverständlich nicht „kommandiert“, sondern als Privatpersonen in freiwilliger Ausbildung ihrer staatsbürgerlichen Rechte, sich wehrpflichtig betätigt haben. Die Ausbildung ist durchaus im Rahmen der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der besonderen wehrpflichtigen Richtlinien des Reichswehrministeriums geblieben. Man werde beim „Reichsbanner“ keine anderen Ausbildungsmethoden feststellen können, als wie sie etwa u. a. auch beim „Stahlhelm“ üblich seien.

Die Reichsbahn des Reiches

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband, der dem Gewerkschaftsbund der freiheitlich-nationalen Gewerkschaften angehört, hat der Reichsregierung und dem Reichstag eine Denkschrift unterbreitet, in der gefordert wird, daß nach Erlassung der Reparationsabmachung der Reichsbahn auch die Betriebsabteilung der Reichsbahn so schnell wie möglich dem Reich zurückgegeben werden sollte. Die Verbilligung der Reichsbahn durch die Reichsregierung durch das Reich müsse verwirklicht werden, um die allgemeine volkswirtschaftliche und die gemeinnützige Bedeutung des öffentlichen Verkehrs sicherzustellen.

daß deren Stellung in gewisser Beziehung sogar gekürzt werden soll. Sie sind als die unmittelbaren Kommissare der Staatsregierung in den einzelnen Provinzen gedacht, werden also mit größeren Befugnissen gegenüber den Regierungspräsidenten ausgestattet sein. Bei dieser neuen Organisation scheint die Möglichkeit auf die kommende Reichsreform auf die Einheitlichkeit Reich-Preußen eine erhebliche Rolle gespielt zu haben.

Für Berlin sind folgende Änderungen geplant: Präsident des Bezirksstaatsanwalts, der in Zukunft vom Stadtgemeindevorstand gewählt werden soll, wird der Oberpräsident sein. Damit ist eine stärkere Unterstellung unter die künftige Exekutive verbunden. Zwischen Stadt- und Bezirksanwaltschaft wird eine Scheidung vollzogen in der Weise, daß Stadt- und Bezirksanwaltschaft nicht mehr Mitglieder des Bezirksstaatsanwalts sein dürfen. Ebenfalls sollen die Beamten der Berliner Zentrale oder Bezirksverwaltung davon ausgeschlossen werden. Da der Bezirksanwaltschaft gleichzeitig Berliner Verwaltungsgericht ist, wird in Zukunft vermieden werden, daß zu Richtern in Berliner Angelegenheiten Personen bestellt werden, die ebenfalls noch der Stadtverwaltung angehören als Stadt- und Bezirksanwaltschaft zu ihr in einem befodern Verhältnis stehen.

daß sie einer völligen Zurücknahme gleichsam, so blieb doch der bittere Eifer, Schradet, der Verband in der Verband in seiner jahrelangen Unberücksichtigung wartend geworden sei.

Von diesem erstmaligen Schwenken hat sich der Verband nicht mehr erholt. Schradet, mit einem zeitigen Abschied, das ihm das meiste Vertrauen auf seinem Posten als mit Vorgesetzten verbunden befehligen, ging auf Urlaub, und der Verband, nimmend von dem zweiten Vorsitzenden, strimalkommissar Redet, geleitet, wurde zwischen den vielfältigen politischen Strömungen hind- und hergerissen, ohne indes zunächst seine republikanisch-demokratische Grundeinstellung zu verpassen.

Dann kam der 20. Juli und mit ihm die große Umwälzung in Preußen. Zwar gewährte der Verband seinem langjährigen Mitglied, dem Kommandanten S e m a n s b e r g, die Mitgliedschaft, doch hatte sich die Zeitströmung auf seine Organisation unter Berufung auf politische Neutralität verurteilt. Am Offenbar glaubte man in der Zeitung des Verbandes, nationalsozialistische Forderungen, eine Auflösung des Verbandes zu erzwingen, durch Anspornung quortommen zu sollen.

Die Trennung von Schradet, der selbst an einer Beteiligung nicht ganz unzufrieden ist, verlor offenbar den Zweck, die Erinnerung an vergangene Zeiten zu verwischen und den Exponenten freiheitlich-republikanischer Weltanschauung zu befehlen. Viel Sorge wird man dem weiteren Schicksal des Verbandes, in dem sich die besten Kräfte der Polizeibeamten-Verbande zusammengeschlossen hatten, entgegengehen müssen. Denn: es erhebt sich fraglich, ob der überwiegende Teil der Mitglieder des Verbandes den politischen Experimenten einer ängstlich und unsicher gewordenen, nur auf das Wohlwollen der Nationalsozialisten bedachten Führung auf die Dauer folgen wird.

F. S.

Gerüchte um Duesterberg

Gerüchte weisende verlautet gehen, daß der zweite Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Duesterberg, von seinem Posten zurücktreten würde. Dieses in einem Morgenblatt wiedererogene Gerücht wird in einer Bormittagszeitung in Form eines Interviews mit Duesterberg dahin bemerkt, daß der Stahlhelmsführer von diesen Gerüchten „absolut betroffen“ sei.

Weber das eine, noch das andere dürfte stimmen. Tatsächlich gibt es gewisse Differenzen um die Person Duesterbergs, die von außen her in den „Stahlhelm“ hineingetragen worden sind. Diese Differenzen werden nach Meinung des Berliner Stahlhelms erklärt werden. Daß man zumind in der obersten Führung des „Stahlhelm“ diesen Vorkommnissen gegen Duesterberg nicht nachzugeben gewillt ist, geht schon daraus hervor, daß man Duesterberg bei den augenblicklichen „Stahlhelm“-Sagungen immer sprechen und hervorreten läßt. Auch der Landesverband Mitteldeutschland, eine der stärksten Gruppen im „Stahlhelm“, wird kaum auf seinen Führer Duesterberg verzichten.

Verjüngung bei der E.P.D.-Fraktion

Die sozialdemokratische Reichsorganisation hat in ihren Vorstand neu berufen: die Abgeordneten Frick, Bert und Dr. Schumacher. Diese Zuwahl gab Veranlassung zu Gerüchten über schwere Meinungsverschiedenheiten innerhalb der sozialdemokratischen Reichsorganisation, die in vornehmlich die jüngeren Abgeordneten Kritik an dem Verhalten der sozialdemokratischen Reichsorganisation in Preußen geübt haben, die sich aus ihren Kreisen zum Reichsamtsschreiber haben entfalten lassen, ohne äußerlichen Widerstand zu leisten und die Partei sowie das Reichsbanner zum Widerstand aufzufordern. Die sozialdemokratische Reichsorganisation betreibt die literarischen Arbeiten von „Anwaltlichen Zusammenhängen“. Die Ergänzung des Fraktionsvorstandes durch jüngere Mitglieder ist auf ausdrücklichen Wunsch des bisherigen Vorstandes erfolgt.

Die Schieberei in der Röntgenstraße

18 Personen festgenommen

Die Ermittlungen der Politischen Polizei zur Aufklärung des Freiwahlbetrugs in der Röntgenstraße haben, wie die Polizei mitteilt, zur Festnahme von insgesamt 18 Personen geführt, von denen heute acht dem Vernehmungsrichter zum Erlass eines Haftbefehls vorgeführt werden.

Unter den achtzehn in Polizeigewahrsam befindlichen Personen sind auch die sechs, die, wie berichtet, erst gestern festgenommen worden sind. Ueber die Parteigebühren der Festgenommenen, die heute dem Richter vorgeführt werden, teilt die Polizei mit, daß es sich um die Kommunisten, drei mit der Partei und zwei mit der Sozialdemokratischen Partei handelt.

Die Polizei nimmt an, daß der oder die Schieber sowie die Mitarbeiter des Freiwahlbetrugs sich unter den Festgenommenen befinden, und daß somit der blutige Besatz fast reiflos geführt sei.

Die Zusammenkunft in der Schäferstraße Gefängnisstrafen

Der Berliner Gewerkschaft vertrat heute noch ungenügend die Verhandlung des Arbeiters Konrad Stuehmer wegen verurteilten Todschlags und schweren Landfriedensbruchs zu drei Jahren Gefängnis, die Angeklagten Soms und Kellner, die wegen eines Landfriedensbruchs und eines schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung zu je 2 Jahren Gefängnis, den Angeklagten Kurt Gobiante wegen einfachen Land-

friedensbruchs zu einem Jahr Gefängnis. Am 20. Juli war es in der Schäferstraße zu heftigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen, bei denen Angehörige von beiden Parteien verletzt wurden. Da die Vorgänge vor dem 9. August liegen, kam für alle Urteile die Antiräter-Notverordnung nicht zur Anwendung.

*

Wegen schweren Raubtates hatten sich heute vor der zweiten Kammer des Berliner Landgerichtes der Schächler Ernst Fegold, der Schloffer Fritz Summerfeld und der Arbeiter Aloisius Weizog zu verantworten. Auch diese Verfälle liegen vor dem 9. August, so daß die Antiräter-Notverordnung nicht zur Anwendung kommt. Am 25. Juli rottete sich in der Baumgartenstraße, als dort eine Saftkonzentration gefügt wurde, eine große Menschenmenge zusammen. Das Ueberfall-Kommando mußte eingreifen und wurde aus den Säulenhallen und mit großen Beweismitteln. Die Beamten erwiderten das Feuer. Bei diesen Schüssen wurde die Hausheizerin Vandow durch einen Schuß getötet. Die Leichen brennten die ganze Nacht hindurch an und es wurden Verätzungen gehabt, Wundstauungen eingeleitet und weitere Schüsse auf die Beamten abgegeben.

Das Gericht tennte dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend das Verlangen gegen den Angeklagten Fegold ab, lehnte aber eine Haftentlassung des Angeklagten ab.

Wegen vorerwähnter Verbrechen wurde der Arbeiter Fritz Summerfeld wegen Auftrags in Gestalt eines Landfriedensbruchs zu zwei Jahren Gefängnis und der Arbeiter Aloisius Weizog wegen einfachen Landfriedensbruchs zu ebenfalls zwei Jahren Gefängnis.

das Büro ein und schweißten den Tresor auf. Mit viertausend Mark entliefen sie unerkannt. Vor einem Jahr wurden bei einem Einbruch sechshundert Mark erbeutet. — In den Räumen der „Friedwache“ in der Bismarckstraße wurde ein Tresor aufgehoben. Die Diebe raubten einige tausend Mark. Gestohlen wurden Einbrüche in eine Druckerei in der Galanter Straße und in die Räume einer Wildpflanzengärtnerei in der Monumentenstraße. Vier hatten die Betriebsleiter den Inhalt der Geldkassette am Abend zur Kauf gebracht.

Wutstut im Bauerhaus

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Heute nacht drangen in das Schloß des Landwirts Sühnhoff in Roschitz (Regierungsbezirk Essen) noch unbekannte Täter ein, erschossen die Frau des Landwirts und töteten ihn sowie ein Dienstmädchen durch Schüsse. Ein Knecht konnte sich durch ein Fenster retten und die Polizei benachrichtigen. Alle Bewohner in den Wohnräumen sind durchschußt. Was geraubt worden ist, konnte noch nicht festgestellt werden.

Gronau überfällt die Beringstraße

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

Wolfgang von Gronau hat auf seiner Beteiligte in einem lebensgefährlichen Sturz die Beringstraße überquert. Er kam von der westlichen Meuten-Allee, die zu Amerika gehört, und landete in Rotenbühl auf einem Baumstumpf, der nördlich japanischen Kurier-Telegraphen war.

Prakt Hindinger 7. In München ist der Generalvater der Münchner Erzdiözese, Prälat Dr. Rudolf Hindinger, ein einer der bedeutendsten Persönlichkeiten des bayerischen Klerus, im Alter von 52 Jahren gestorben. Hindinger kammt aus Traunstein; 1923 wurde er als erster Bayer an den höchsten kirchlichen Gerichtshof in Rom, die Sancta Romana Rota, als Uditore berufen. Vor seiner Ernennung zum Generalvikar im Jahre 1931 war er Sekretär des Fürstbischöflichen, Domkapitular und Leiter des Erzdiözesanlichen Familienamts.

Anschluß der Finanzklassen an die Dresdner Bank. Für die Oberfinanzstelle des Landesfinanzamts Berlin ist bei der Dresdner Bank, Berlin, 25. März, Finanzgeschäft 25-39, ein Konto eröffnet worden. Einzahlungen an die Finanzklassen in ein Kontokorrentkonto Berlin können von den Kontoinhabern auch durch Überweisungen auf dieses Konto bewirkt werden.

Frenzel im Zuchthaus Luckau. Der ehemalige Amtsrichter von Bornim, Arthur Frenzel, hat sich heute mittags nach dem Verbotener Oberstaatsanwalt eine Ausweisung der Strafverfolgung, während sein neues Oberbündnis läuft, abgelehnt, im Justizhaus Ludau zur Strafverfolgung auf drei Monaten gestellt.

Der Nordfall Schöning. Der Mörder des ledigenjährigen Bagen, Wolf von Bluff, bleibt vorläufig noch im Berliner Polizeigewahrsam zur Verfolgung der Mordkomplotten, die gestern am Abend der Verhaftung des Mörders die Grundlage bildeten. Der Fall ist in der betreffenden Zeit eine Gefährlichkeitsverfügung, die dem Mörder in dem Bremer Daube wird wahrscheinlich wieder folgen lassen werden, die die Umstände der damaligen Tat in einer Weise erläutern — in München bleibt nach, betriebe sich gestern in der Gegenwart ihr tägliches Brot gewinnen. Eine Briefbox von Berg, die Spurengeräten ihnen wieder ausgehoben

Studentenischsals. Der erschütternde Tod einer Studentin, Tochter eines Beamten aus Bandels bei Hamburg, erregt bilanziell die tragische Eigenart unserer Zeit. Die 23jährige Frau, die in der größten Entbehrungen — sie war zudem verheiratet — in München studiert hatte, betriebe sich gestern in der Gegenwart ihr tägliches Brot gewinnen. Eine Briefbox von Berg, die Spurengeräten ihnen wieder ausgehoben

hatte, bedachte sie mit einer kleinen Rute. Mit Beifügung fürchte sich das eine Schmädelkind nach Wänden hin im Begehren um der Gerechtigkeit, ohne aber von der Umgestaltung Platz zu nehmen. Da noble unternimmt ein schwerer Lastwagen. Bei dem ersten Wenden löste wurde die Arme überfahren und getötet.

Das herrenlose Haus

Ein Berliner Haus liegt auf der Straße. Es braucht nur angenommen zu werden. Aber es nimmt es niemals.

Am der Ritterstraße bietet sich ein altes, festes Gebäude dar. Im Jahre 1854 geschaffen, hat es viele Jahrzehnte hindurch Handwerker und Fabrikanten als Heim und Werkstatt gedient. Es ist in Ehren alt und grau geworden. Ein Ausländer erlangt das Haus und schmiedete das Eisen loszuliegen, solange es warm war. Schließlich kam aber eine Zeit, da auch die Wirtschaftslagen in Höhe von 20 000 Mark nur noch ein alter Posten vorhalten konnten, der — fast 35 Jahren alt — seinem nichtgeheilten Wund nachstarbete. Der auslandslöse Besitzer legte sich mit unfröhlichen Worten von seiner Habe los und überantwortete sie dem deutschen Staat, der sie ihm, die sie anzunehmen. Der Hausbesitzer fehlte in sein Heimitatland zurück, und seitdem ist das Haus ohne Herrn.

Täglich kamen die Müßiggänger und klopfen an die Pforte, hinter der der Portier saß. Dieses Vorgehen war unerzöglich. Der eingeweihte Zungenscherer brachte endlich Geulien in das Defizit. Die Mieter dürfen nur noch an bestimmte Stellen ihren Sitz entziehen und an andere nicht, es herrscht Anstehen, und der Portier hat sich mit den Geldböden auf Zeitraum von 75 a. S. seiner Forderung geübelt. Auf spätere Zahlung — versteht sich.

Das alte Haus, fauber gehalten und aus unharmonischen Teilen langsam zusammengefallen, soll veräußert werden. Welche findet sich ein starker Mann, der es wieder gekauft macht. So daß es dann mehr hergibt als Erinnerungen an die Zeit, da es aus einem Schuppen mit Garten bestand. h. g.

Eine Witwe

Drei Tote

LONDON, 2. SEPTEMBER

„Times“ meldet aus Delhi: Nach dem am Montag erfolgten Tod eines Brahminen in Fatepur Gifft erklärte die Witwe, sie wolle freiwillig den Verbrennungstod erliden. Es gelang aber, ihr diesen Entschluß auszureiben. Als diese Tatsache bekannt wurde, sammelte sich eine Menschenmenge vor dem Hause der Witwe, die verurteilt wurde, die Leiche zu verbrennen. Die Menge drang gewaltsam in das Haus ein, führte die Frau davon und begann einen Schreihauens zu erliden. Daraufhin griff die Polizei ein und feuerte eine Anzahl Schüsse ab, durch die drei Personen getötet und fünf verletzt wurden. Sienan brachte die Frau in Sicherheit.

Vier Eisenbahnwagen umgekippt

Keine Verluste an Menschenleben

ESSEN, 2. SEPTEMBER

Ein schwerer Eisenbahnunglück, das wie durch ein Wunder keine Opfer an Menschenleben forderte, ereignete sich gestern abend bei Submittelle im Münsterland. Der von Münster kommende Güterzug hatte die neuen Brücke über die Ems. Bis zum Ablauf des Monats und Behelfswagen hatten Salomine, Bismarck und andere Wagen die Brücke passiert, als der folgende Wagen aus den Schienen sprang, ihm vororderten Wagen losrutschte und mit drei weiteren durch das Eisenbahngebiet der Brücke ledig Meter tief in das Flußbett der Ems stürzte. Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist nicht abgeschlossen.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

22. Zug. 5. Klasse. (Ohne Gewähr)

Im der Freitag-Bornittagsziehung wurden folgende Gewinne gezogen:

10 000 Mk.	70559 286626.
5000 Mk.	291115.
3000 Mk.	78396 133130 176956 240731 248286 253388 252766.
1000 Mk.	10639 12060 13684 22906 27718 32460 38560 39011 20322 22395 24388 24936 26243 27619 28114 30004 30999 30719 32144 34501 362026 36275 37877.
500 Mk.	7031 7375 19038 19880 46402 47130 50989 6304 71878 72651 74341 12789 13990 14000 10336 13150 13420 13854 14101 14157 15266 161242 165294 17674 180028 184052 193739 20314 20844 24588 26128 25878 26533 28220 28221 29424 34 34809 35362 38811 103596 39003 39309 39399 39896 34705 344394 34600 35646 26621 38019 396240.
50 Mk.	1354 4959 5947 10034 11240 12988 19960 20211 23959 25295 34735 35865 38611 41828 46345 54128 60879 60883 75023 76186 78770 81842 85624 89284 96077 96078 96296 109862 112731 125031 126098 126088 128405 131007 131794 134104 135956 143004 143450 144400 151846 152497 152866 161242 165294 17674 180028 184052 193739 20314 21343 21474 21544 21827 22988 22864 24071 24092 24231 24419 24404 25048 25872 25410 25880 26969 26800 27625 27450 27718 27876 28692 291028 29712 29382 30237 31215 31780 31624 33986 34061 36221 33484 33067 33489 33791 34369 34493 34565 34749 34896 34618 35314 35687 35983 36022 36847 36941 37504 37692 38657 38687 39116 39846 39602 39763 39865.

Eine Führung „Mit Berlin bei Nacht“ endet Dr. Georg Lehmanns Reise 6. September, 8 Uhr, U-Bahnhof Anhalter.

Weitere Lokalveranstaltungen 4. Seite Unterhaltungsbeilage.

Hierzu zwei Beilagen

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Berlin
Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt täglich wöchentlich — Für Rücksendung unverlangter Manuskripte Porto zu bezahlen
VERLAG UND DRUCK: ULLSTEIN A. G., BERLIN

Die Sache mit den Nußbörtchen

Von
MARGARET HEIDEN

Die Haare können wundervoll fein. Penebitt ist berüchtigt geworden durch die Zeugtraft seines Frauenhaars. Die Haare können ebenfalls fein. Wenn sie Sommerproben mit in die Höhe bringen und spröde sind wie Holz.

Bäume und Äpfel hatten rote Haare und Sommerproben, die Hände, die stets etwas fallen ließen, und mehrere Äpfel, die trage im Gesicht standen. Penebitt war 14, Äpfel 12 Jahre alt. Lehrer des Gymnasialprofessors einer kleinen Meißel-Stadt. Einer vertriehenen Stadt in den Weinbergen, wo die Winger im Herbst ihre Veder jungen und die Berge lila Schatteln warfen.

Es wurde streng ertragen. Epatantisch, im Geiste des Bezahrs und des Gehorsams. Das Leben war hart, und Erdämpfe mühten geklopft werden. Lernenbüßen ist eine Grinde, Strafenbedeute Pflicht des reichhaltigen Menschen. Penebitt hatte das Ideal einer Weltanschauung, die ihre eigenen Grenzen zu erkennen mußte. Es waren unermüdete, besagene Mädchen, deren Lebensfähigkeit gemischt mit dem Alltag totgemacht wurde.

Un glücklich waren sie nicht. Sie tanzten das Glück nicht. Pateprofessoren hatten sie nicht. Sie waren die Töchter des Pateprofessors. Mit den Gymnasialen ging es nicht. Die grünen und lachten. Das andere waren Winger-Kinder. Die tanzten man nicht.

Zweimal im Jahr trat ein Ereignis ein, das Penebitt und Äpfel Hebeln wie das Dreigepäck der sonst ja nüchternen professionellen Kette. — Zweimal im Jahr — solange sie sich erinnern konnten — sah man in die große Stadt am Rhein; Gang ins Bärenhaus, Gang ins Alleenhaus, Gang in die Randkette. Höhepunkt der Wirtlichkeit, Ringum Duft von Süßigkeiten. Ringum Teekästchen und hübsche Mädchen. Warmorgänische Tische. Wände, die in die Welt führten. Und während Penebitt und Äpfel jedesmal dieses Ringumfordereiben in sich aufgingen, besetzte die Mutter schon. Ohne zu fragen. Ohne zu ärgern: für sich und Vater einen Koffer, für die Kinder zwei Berliner Pannetuden. Geheimal, solange sie sich erinnern konnten. Dabei gab es — Cremefrüchten und Erdbeerkuchen, Wästelchen und Schillerkerlen. Nur einmal eine Schillerkerle. Nur einmal ein Auf — . . . nein, das war zu vertieren. Penebitt und Äpfel aßen in gehobener Donartigkeit. Einen Berliner Pannetuden. Un glücklich.

Herbst des gleichen Jahres. Duftende Wästel und trauerndere Stöße. Süße Trägheit der Welt, himmlischer, erdbarer Herbst. — Der Professor war mit seinen Töchtern allein in die Stadt am Rhein gefahren: Gang ins Bärenhaus, Gang in die Randkette, Gang in die Alleen. Winken in der Ecke mittels Alleenrecht. Es gefah das Wunder. Der Vater blieb nur dem Blick fehen: „Sieht sich aus, was ihr essen wollt.“

Erdreckses Staunen. Tiefauswendige Freude. Vier Augen wandern. Vier Augen verflüchten. Vier Augen wagen. Cremefrüchten, Schillerkerle. Vier Augen bleiben

Abel mit der Mundharmonika

Roman von
MANFRED HAUSMANN

16. Fortsetzung Copyright 1932 by S. Fischer Verlag, Berlin

Abel wollte gerade den Mund öffnen, um etwas über den Namen Corinna zu bemerken, da schnippte sie den Wollfaden und sagte aufstehend, ihre Eltern hätten damals natürlich einen Klaps gehabt von wegen Corinna. Ob man sich nicht über etwas anderes unterhalten könnte. Sie hätte in ihrem Leben schon genug Schmus über ihren bösen Namen gehört. Peter hätte wohl auch aus Bremen? — „Was aus Bregal. Jumbo und ich aus Bregal, der Lütze hier aus Berlin. Entschuldigen Sie mal, Sie haben sich da verkehrt.“

Er setzte mit Daumen und Zeigefinger nach dem Hut an ihren Kinn. Aber sie bog ihren Kopf zurück. „Was denn?“

„Aber, lassen Sie mich doch mal! Ist بهتر, wenn der Spaußen gleich abtommt. Das heißt dann besser.“

„Alu!“

„Sol: Er warf das Hut auf die Erde. „Tschützig haben Sie wohl nicht. Dann krühen Sie mich in die Hand drück. Oder hier, nehmen Sie meine. — Wo kamen Sie denn her?“

„Von Helgoland.“

„Gaben Sie denn nicht gemerkt, was für ein Wetter im Anzug war?“

„Alu!“ sagte Abel.

„Corinna zuke wieder mit den Schultern. Ehlers hätte auch nicht losgewollt, aber Harry wäre ja . . .“

„Wem gehört denn die Seele?“

„Ehlers.“

„Und wer ist Harry?“

„Da sanfte sie aus den Augenwinkeln einen schnellen Blick zu Abel hin, dann betrachtete sie das Taschentuch und antwortete: „Was?“

„Aber war denn der Mann, der an Deck stand?“

auf dem Traum hängen: Rückfragen in zwei Tagen mit einem goldenen Aufstern. Einmal je ein Rückfragen. Einmal. Bitte. Nur einmal.

„Aber vier Augen senken sich. „Zwei Berliner Pannetuden“ kommt es tonlos von zwei zuckenden Lippenpaaren, „zwei Berliner Pannetuden . . . ungefüllt!“

Rundfunk: Unterhaltendes

Wenn die Rundfunkmal ein originellen Versuch macht, darf's nicht unerwähnt bleiben. „Berlin lebt bei dem“, das war eine Art lachselnde Reportage, die an den Wuttann-Film „Berlin“ denken ließ. Wädel des Alltags in Form der Unterweil mit Unterhalten: es waren Feind-herden von Ausländern, aus Theater, aus der Schule, die da nach den einschlägigen Dingen ihres Tonalisus befragt wurden. Was vielen Einschlägigen spürte einen großen Nihilismus — den Lebenswille der Welt.

Daneben verflocht die Erinnerung an tonnenweise Unterhaltungen mit dem großen Schlager- und Operettenabend aus den Ausflugshehlen, deren Clou Josef Schmidt und Margot Schuy waren. —

Waldla. Am Welttag des Toten Verres, in der Einkommensteuer 1932 auf 200 Meter hohen Felten die hübsche Burg Waldla. Von Verres dem Großen, an einer von einundzwanzig Feste angelegt, wurde sie im Jahre 96 n. Chr. von jüdischen „Scharikern“ besetzt. Als Sina, der Senat des Palästina, Waldla einnahm, und mit Hilfe eines gemalten Dornes an der alten jüdischen Wirtlichkeit der Burg Verres leger, geben sich — im April 73 n. Chr. — in der Nacht vor dem Sturm 900 Juden mit Weibern und Kindern selbst den Tod. Diese tragische Begebenheit wird von Josephus in seiner Geschichte des jüdischen Krieges anschaulich geschildert. Seitdem verschollen, wurde Waldla im Jahre 1848 von dem Bismarcker Hebeln wiederentdeckt und im Jahre 1849 von dem Bismarcker Welt und dem englischen Vater Zipping zurück erfiel.

Sie hat — noch Damogenheit und Haues — der Erlanger Anstaltliche Professor Adolf Schulten, der Ausgräber von — mit der spanischen Stellung interessierte, zusammen mit seinem Mitarbeiter General Dr. h. c. Kommerer und dem Theologen Dr. Porce zum ersten Male genau untersucht. Ueber seine Funde teilt er in „Zeitschriften und Fortschritte“ mit: außer dem Palast des Verres aus feiner Mergel, auch eine Menge, viele Stieren und die mit Rosenmatten verfehene 5 bis 6 Meter dicke Burgenmauer. Überdies wunderbar ist die Erhaltung der römischen Circumwallung und der Lager, die im Osten und Westen, das Gelände ist die Felderchen, auch ein Hauptquartier des Sines aus Verresium mit dem Bismarckerium zum Anstellen der Kämpfer und des Tribunal für die Anträge an die auf der Via principalis verfallenen Goldaten. Auch der gemalte Damm, auf dem der Beteiligungsraum aus Wädeln gegen die Burgenmauer vorgeschoben wurde, ist noch erhalten.

Nenenstudierter „Siegrid“. Als nächste Premiere der „Städtischen Oper“ geht am 6. September der „Siegrid“ in Neuenhinführung in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Gotthelf Wifler abwechselnd mit Carl Sartmann, Oerend Windenagel, Edmund Kahl, Gombert, Anna Berger, Sabina Gorman, Metta Arneling. Die Regie führt Otto Sachs, Sätzen dirigiert.

„Das war Harry.“

„Verdammt Kerl, der Harry, will ich Ihnen mal sagen!“

— Und der Betzler lag halbtot in der Rolle? Wie hier er, Ehlers?“

„Ja, aber Harry hätte das ganze Unglück auf dem ohnehin. Was Harry wollte, das würde gemacht. Ehlers hätte gelogt, es wäre besser, wenn sie diesen Tag noch in Helgoland blieben. Und die anderen赳ertem vom Klub sagen das selbe.“

„Von was für einem Klub?“

„Von Gegelluh Unterweil.“ Die anderen赳ertem hätten alle das selbe gesagt. Aber Harry . . . Es gäbe keinen, der so rücksichtslos mit der Haltung gegen rücksichtslos . . . Harry wird der rücksichtslosste Mann der Welt.

„Ja, na!“ sagte Peter.

„Ja, und mit einem Wädel hätte es einen Anzug getan, und da wäre der Maß abgebrochen, und Ehlers hätte drunter gelegen, und Harry . . .“

„Galt hopp!“ sagte Peter und setzte sich breit hin. „Jecht mal langsam, jetzt kommt es! Hatten Sie denn nicht gefressen?“

„Ja klar!“

„Wird wohl eine Wund gerissen sein, was?“

Corinna wurde es nicht. Harry hatte sie in die Kajüte geschickt, außerdem war sie fast gelobt von Seemann. „Mümm! . . . das ist mit nämlich auch schon mal passiert“, sagte Peter. „Wo die Bretter für die Postkastentüren an den Wänden festgemacht sind, nicht wahr, da ist der Dreck doch mit Windfäden umwickelt, verlesen Sie, und da bleibt alles abtropfende Wasser hängen, und dann rosten die Bretter durch, merkt kein Schween, und eines schönen Tages, rums, sind Sie getrocknet.“

„Meinhalten. Aber Harry war daran schuld. Harry und kein anderer! Warum ist er abgelegt? Es war eine Mühschickseligkeit von Harry.“

„Aber, nun müssen Sie aber mal nicht ungerührt sein. Das kann doch jedem mal passieren. Wer bent denn auch an die verdammten Bretter.“

„Wer er hätte doch in Helgoland bleiben können.“

„Mühschicksel. Der eine riskiert es, der andere nicht. Ich hätte es heute morgen auch riskiert, und ich bin doch maßhaltig verständig.“

„Du?“ mischte Abel sich ein. „Du und verständig?“

„Aber, jetzt mußt du mal den Rand halten!“

Der internationale Kunstmarkt

Die alte Schloß-Bibliothek

Am 20. September gibt es bei Harry Birch in Somburg eine Versteigerung „Aus merkwürdigen Schätzen“, der die Geschichte ihres Ursprungs sicher nicht abspüren wird. Man kann auf daran beobachten, wie eigentlich die alte Schloßbibliothek auswich. Soweit sie nicht der Theologie und auf der anderen Seite der Kriegsgeschichte verpfändet war, zerfiel sie in zwei Hauptabschnitten: Geschichte und Poesiealter. Das „Abel war geboren“ ist durch den Verkauf der Bibliothek, die sich bis weit in das 19. Jahrhundert hinein das eigentliche Hauptkapitel. Die beiden Abschnitte bezeichnen natürlich auch in dieser Auction das Feld. Zu muß es wohl Betrachtes geben, aber auch manches „aus merkwürdigen Schätzen“. Versteigerungsgeld schon auf immer die deutsche Literatur vertreten, kaum hinter England, überdies aber Frankreich. Dazu kommen dann Spezialinteressen. Auch einige große Werke über Kunst fehlen fast niemals, denn diese ganzen Schätze sammelten etwas und waren mühsam, bis sie die Versteigerung zum Verkauf ist, heute noch immer das große Schmuckstück, aus dem die ganz andere denkenden modernen Vorkreuzer ihre Bedürfnisse bezieht. Der Einbandbibliothek führt das alte Gelehrtenbuch zur Erläuterung, der Einbandbibliothek führt die großen Schätze wegen. Der Freund der Literatur muß sich über den Zustand des Lebens einmal hier verziehen, eine langatmige Seitenzahl. Und der Liebhaber der Orpheus selbst überhaupt kaum je so seinem Rechte, wie bei der Auflösung der alten Schloßbibliothek.

Die Auktionsprozente

Das Sammeltreffen wird die Auktions zur Diskussion gestellt, ob nicht die normale Auflösung auf Auktionen von 15 Prozent dem Verkäufer zuzurechnen ist. Der Verkäufer hat sich nicht. Der betreffende赳ert, der ein Sammel赳ert Objekte ist, meint, daß diese Objekte mit 15 Prozent außerordentlich belastet sind. Nach seiner Ansicht bedeutet es viel weniger, wenn ein Objekt von 10.000 Mark durch den Verkauf über 11.000 Mark geht, so wenn ein Objekt von 100.000 Mark durch den Verkauf über 110.000 Mark geht, die mit Unkosten und Katalogen sehr hoch belastet sind, ihre Berechtigung haben, daß man aber angesehlt der Zeiten und angesehlt der Notwendigkeit, neue Sammler gerade für die Mittelklasse zu fördern, für reichhaltigen und Bisher auf 10 Prozent zurückgeführt solle, ja unter Umständen noch darunter. Der Sammler bezieht sich auf den historischen Verlauf. Die Auktionen hätten ursprünglich bei Verania und Weigel mit 5 bis 8 Prozent begonnen, später seien in München und in Berlin die 10 Prozent durch die hohen Anwesenheit der Sammler, die eine Teil von Infation und Deflation, ihre Befestigung würde zur Belohnung des Wertes viel betrogen.

Die uns gegebene Auktions wird hier weitergegeben, ohne daß wir uns sondern viel davon verstreuen. Wir haben das Gefühl, als könne sich der Kunstmarkt nur im Zusammenhang mit einer wirtschaftlichen Belebung auswickeln, und als würden alle Auren von einem Eisenkardern sein. Wir erinnern uns recht gut, daß auf den alten Auktionen nur wenige Glücke zurückgingen, während im Augenblick eine Auktion fast schon erfolgversprechend ist, wenn man die Auktionen auf zu verzerren versteht. Eine Senkung des Zinsfußes kann aber unsere Erwartungen nur dann erfüllen, wenn sie Folge eines Anwachsens des Wohlwals wäre. Auf andere Weise wird sie kaum je eine Wende, einen Ausstieg, oder einen Vorteil für irgendein Bedenken.

L. B.

